

Benennung Schmalzhoftempel-Park am Loquaiplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, Die Wiener Volkspartei Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und von LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 29. September 2022 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 7, u.a.) ersuchen, den Park auf dem Loquaiplatz nach der, im Zuge der November-Pogrome 1938 zerstörten jüdischen Synagoge, - „Schmalzhoftempel-Park“ - zu benennen.

Begründung

Zwischen Loquaiplatz und Schmalzhoftgasse stand bis 1939 die zweitgrößte Synagoge Wiens, der "Schmalzhoftempel". Der nach Plänen des Architekten Max Fleischer erbaute und 1884 fertiggestellte neogotische Bau mit mehr als 550 Sitzplätzen in der Schmalzhoftgasse 3 war eine Vereinssynagoge des 1879 gegründeten "Tempelvereins für die Bezirke Mariahilf und Neubau". Er wurde von den Nationalsozialisten in der Nacht auf den 10. November 1938 – der Reichspogromnacht - nach einer Plünderung durch 300 Mitglieder der SS in Brand gesteckt und vollständig zerstört. Diese Nacht war der Auftakt zur Verfolgung, Verschleppung, Beraubung, Demütigung und Ermordung von Millionen Menschen, insbesondere von Jüdinnen und Juden. Mit der Zerstörung dieser Synagoge hatten die Nationalsozialisten versucht alles Jüdische – nicht nur in Mariahilf - zum Verschwinden zu bringen und es quasi der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Mit einer angemessenen Namensgebung soll dem im Sinne und Weiterentwicklung des Bezirksprojekts, „Erinnern für die Zukunft“, nachhaltig ein Gedenken gewidmet werden.

In den Jahren 1981 bis 1984 wurde auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge ein Pensionist*innenwohnheim der Stadt Wien errichtet.

Der gegenständliche Ort wird bis dato „Loquaipark“ genannt. Eine Benennung dieses Parks nach dem Schmalzhoftempel bringt eine besondere symbolische Bedeutung mit sich. Eine Historiker*innen-Kommission hat 2021 im Auftrag der Stadt Wien die historische Bedeutung von Persönlichkeiten, nach denen Wiener Verkehrsflächen benannt sind, untersucht sowie eine zeithistorische Kontextualisierung

vorgenommen. Zwar konnten weder für Loquais Arbeit im Wiener Gemeinderat noch für jene im Niederösterreichischen Landtag antisemitische Auffälligkeiten nachgewiesen werden. Allerdings schrieb das "Neue Wiener Tagblatt" 1890 über den neu gewählten Bezirksvorsteher, er habe gesagt, "daß die christlichen Kinder in den Schulen durch die jüdischen verdorben werden [...]." Belegt ist auch, dass ein jüdischer Holzhändler eine Ehrenbeleidigungsklage gegen Loquai einbrachte und dieser, da er zu diesem Zeitpunkt als Landtagsabgeordneter Immunität genoss, gegen seinen Willen vom Landtag ausgeliefert wurde. Das Verfahren endete mit einer Verurteilung Loquais zu einer Geldstrafe von 50 Gulden. Aufgrund dieser Erkenntnisse zur historischen Einordnung von Ferdinand Loquai wurden der Loquaiplatz und der so genannte Loquaipark als Fälle mit Diskussionsbedarf eingeordnet.

https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Ferdinand_Loquai